



Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Weyer
am Donnerstag, dem 24. Oktober 2013 im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:05 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender: Bürgermeister Gerhard Klaffner

SPÖ - Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte Rudolf Auer
Johann Berger
Josef Schuller
Michaela Kohlhofer
Johann Wolloner
Franz Haider
Andreas Hofer
Friederike Hofer
Eduard Lechner
GRE Gerhard Matzenberger
Brigitte Ertel
Alexandra Knez
Robert Ramsner

Entschuldigt: 1. Vizebürgermeister Mag. Dr. Adolf Brunthaler
Norbert Wildling
Ulrike Katzensteiner
Reinhard Pils

ÖVP – Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger
Gemeinderäte Johann Dietachmayr
Mag. Peter Ramsmaier
Bernhard Kühholzer
GRE Helmut Furtner
Edeltraud Essbüchl
Ernest Steinschaden
Sabine Rußegger

Entschuldigt: Gerhard Stockinger
Monika Schoiswohl
Johannes Weißensteiner
Sylvia Infanger

WBL - Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte Günther Neidhart
DI Hermann Großberger
DI Leonhard Penz
Mag.^a Eva Aigner
GRE Ingo Kainz
Erhard Sandner
Rainer Hackl

Entschuldigt: DI (FH) Reinhard Hoffmann
Johannes Rumetshofer
Erich Stoll

FPÖ – Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte Albert Aigner
 Karl Haidinger

Vom Gemeindeamt: AL Franz Schörkhuber
 Brigitte Fürnholzer

Schriftführerin: Ingrid Klausberger

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu an alle Mitglieder des Gemeinderates zeitgerecht schriftlich unter Bekanntgabe der nachstehend angeführten Tagesordnung erfolgt ist und am gleichen Tag öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;

Er bestimmt die Gemeindebedienstete Ingrid Klausberger zur Schriftführerin dieser Sitzung.

Bürgermeister Gerhard Klaffner begrüßt Frau Dr. Brigitte Wallmann und Frau Angelika Großmann vom Ortsteilbeirat Kleinreifling sowie die anwesenden Gäste.

Tagesordnung

1. Bebauungsplan Am Kreuzberg, Änderung Nr. 2.7, Einleitung des Verfahrens
2. Nachwahl in Ausschüsse
3. Dienstbarkeitsvertrag Löschwasserversorgungsanlage Kaltenbrunner
4. Bericht des Prüfungsausschusses
5. Nachtragsvoranschlag 2013
6. Essen auf Rädern, Gebührenerhöhungen
7. Finanzierungsplan Powerman Austria 2013
8. Tourismusabgabeordnung, Änderung
9. Personalangelegenheiten
10. Bericht der Ortsteilsprecher
11. Bericht „Liebenswertes Weyer“
12. Allfälliges

BESCHLÜSSE

Bürgermeister Gerhard Klaffner gibt bekannt, dass die ÖVP Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingereicht hat.

Der Vorsitzende verliest den Dringlichkeitsantrag „ Volksbefragung zum Windpark Projekt am Hühnerkogel und Ennsberg“ und stellt den

Antrag:

Ich stelle den Antrag, den Dringlichkeitsantrag „ Volksbefragung zum Windpark Projekt am Hühnerkogel und Ennsberg“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Beschluss:

Der Antrag wird durch Handzeichen mit 22 : 9 Stimmen mehrheitlich angenommen.

Gegenstimme: GR DI Hermann Großberger (WBL)

Stimmenthaltungen: GR Günther Neidhart (WBL)
GV Mag.^a Eva Aigner (WBL)
GR DI (FH) Leonhard Penz (WBL)
GRE Rainer Hackl (WBL)
GRE Ingo Kainz (WBL)
GRE Erhard Sandner (WBL)

GR Andreas Hofer (SPÖ)
GR Josef Schuller (SPÖ)

TOP. 1 Bebauungsplan Am Kreuzberg, Änderung Nr. 2.7, Einleitung des Verfahrens

Aufgrund des Beschlusses des Bauausschusses wurde von DI Jaksch ein Vorschlag betreffend Abänderung Bebauungsplan „Am Kreuzberg“ – Aufhebung der Reihenhäuserverbauung - in der Bauausschusssitzung am 18. September 2013 präsentiert. Nach eingehender Diskussion mussten folgende Punkte abgeändert werden:

- a) Im nördlichen Teil soll eine Parzelle herausgenommen werden, damit die Grundstücke eine Größe zwischen 800 und 900 m² erhalten. Die Parzelle Nr. 683/14 soll auf eine Größe von 1.200 m² reduziert werden.
- b) Die Zufahrtsstraße 683/15 soll aufgelassen und den jeweils angrenzenden Parzellen zugeschlagen werden.
- c) Das Grundstück Ning soll ebenfalls in die Planung mit einbezogen werden.
- d) Im Entwurf sind jeweils 2 Garagen miteinander an der Grundgrenze zusammenzubauen. Den zukünftigen Bauwerbern soll es jedoch überlassen werden, wo sie ihre Garage situieren wollen. Daher soll nur eine Baufluchtlinie und die Baufläche im Plan ausgewiesen werden. Die Garagen sollten individuell errichtet werden können.
- e) Weiters sind 2 Autostellplätze vorzuschreiben.
- f) Dachform: flachgeneigtes Dach
- g) Eine Gesamthöhe soll festgelegt werden.

Herr DI Jaksch hat nun die Vorschläge des Bauausschusses in den Änderungsplan eingebaut und kann somit die Einleitung zur Änderung des Bebauungsplanes „Am Kreuzberg“, Änderung Nr. 2.7, beschlossen werden.

Debatte:

Bauausschussobmann GR Rudolf Auer teilt mit, dass nach mehrmaligen Beratungen der Bauausschuss sich für die vorliegenden Änderungen im Bebauungsplan entschieden hat und dem Gemeinderat die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Bebauungsplans empfiehlt.

GR Albert Aigner bemängelt, dass heute ein Beschluss gefasst wird, obwohl die einzelnen Punkte nicht genau definiert sind – es ist alles noch offen.

GR Rudolf Auer sagt, dass im Bauausschuss eingehend darüber diskutiert wurde. Es wurde entschieden, dass eine Gesamthöhe festzulegen ist (wenn das letzte Geschoss ein Giebeldach ist, wird es miteinbezogen). Die Entscheidung betreffend Dachform soll dem Bauwerber überlassen werden.

GRE Ernest Steinschaden möchte wissen, ab welchem Niveau die Dachhöhe gemessen wird. GR Rudolf Auer antwortet, dass die Gebäudehöhe von der Straßenseite gemessen wird.

GRE Ernest Steinschaden schlägt vor, dass er für die Giebelobergrenze als Richtlinie max. 9 m festlegen würde.

Bürgermeister Gerhard Klaffner weist darauf hin, dass diese Punkte in der Bauausschusssitzung noch zu behandeln sind. Er betont, dass heute nur die Einleitung zur Abänderung des Bebauungsplans des Verfahrens zu beschließen ist, da es weitere Änderungen noch geben wird.

GR Albert Aigner beanstandet, dass die Einleitung des Verfahrens mit vorgegebenen Punkten beschlossen wird.

GR Günther Neidhart fragt, warum die näheren Details nicht schon im Bauausschuss diskutiert wurden.

GR Alber Aigner findet es nicht richtig, dass der Gemeinderat heute die Punkte fix beschließt, weil der Bauausschuss den Beschluss des Gemeinderates dann nicht mehr ändern kann.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass diese aufgelisteten Punkte Ergebnisse aus den Diskussionen im Bauausschuss sind. Mit dem heutigen Gemeinderatsbeschluss wird nur das Änderungsverfahren eingeleitet. Der Beschluss ist eine Willenskundgebung der Gemeinde. Im Verfahren sind diese Punkte dann nochmals zu behandeln.

GR Rudolf Auer unterstreicht, dass der Beschluss heute wichtig ist, damit das Verfahren nicht aufgehoben wird und die Gemeinde weiter arbeiten kann.

GV Mag. Peter Ramsmaier muss GR Albert Aigner teilweise Recht geben. Er würde die ausgearbeiteten Punkte anders formulieren: „...über die Höhe und Dachform soll in einer neuerlichen Beratung des Bauausschusses abgestimmt werden.“

GRE Erhard Sander zweifelt an der Notwendigkeit der Bauausschusssitzungen vor dem Einleitungsverfahren, weil die Empfehlungen des Bauausschusses auch im laufenden Verfahren eingebracht werden können.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger bedankt sich beim Bauausschuss, dass auf sein Ersuchen dieser Tagesordnungspunkt heute auf die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger plädiert, dass die Änderung des Bebauungsplans, deren Umsetzung vor drei Jahren offenbar unmöglich war, hoffentlich heute seine Zustimmung findet. Er sagt, dass es höchste Zeit ist, die geschlossene Verbauung aufzulösen, damit Baugrundstücke gekauft werden.

GR Rudolf Auer weist darauf hin, dass die Abänderung des Bebauungsplans von drei Jahren nicht unmöglich war. Er betont, dass damals ein anderes Projekt gelaufen ist und die Situation eine andere war.

GR Günther Neidhart ist ebenfalls erfreut, dass das Verfahren zu Abänderung des Bebauungsplans heute endlich eingeleitet werden kann. Er bestätigt die unterschiedlichen Meinungen bei den Gesprächen, die es über die hohen Investitionen bezüglich der verdichteten Bauweise gegeben hat.

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, die Einleitung zur Abänderung Bebauungsplan „Am Kreuzberg“, Änderung Nr. 2.7 von DI Jaksch, zu beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird durch Handzeichen mit 30 : 1 Stimmen beschlossen.

Gegenstimme: GV Mag. Peter Ramsmaier (ÖVP)

TOP. 2 Nachwahl in Ausschüsse

Gemeinderatsersatzmitglied Ulrike Klaffner hat mit Schreiben vom 16.07.2013 ihr Mandat als Gemeinderatsersatzmitglied sowie ihre Tätigkeit als

- Mitglied im Schulausschuss
- Ersatzmitglied im Wirtschaftsausschuss
- Ersatzmitglied im Prüfungsausschuss

aus privaten Gründen zurückgelegt.

Die Nachbesetzung dieser frei gewordenen Funktionen hat durch die SPÖ-Fraktion zu erfolgen. Es liegen von der SPÖ-Fraktion gültige Wahlvorschläge vor, die von der absoluten Mehrheit der Fraktionsmitglieder unterschrieben sind.

Über Antrag des Vorsitzenden wird vom gesamten Gemeinderat beschlossen, die Nachwahlen mittels Handzeichen durchzuführen. Dies wird einstimmig beschlossen.

Bürgermeister Gerhard Klaffner bringt den schriftlich eingebrachten Wahlvorschlag der SPÖ-Fraktion dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis.

Die Wahlvorschläge lauten wie folgt:

Mitglied im Schulausschuss:	Franz Haider
Ersatzmitglied im Wirtschaftsausschuss:	Dr. Mag. Adolf Brunthaler
Ersatzmitglied im Prüfungsausschuss:	Andreas Hofer

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, über die vorliegenden Nominierungen der genannten SPÖ-Gemeindevertreter in Fraktionswahl zuzustimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird von den wahlberechtigten Mitgliedern der SPÖ-Fraktion einstimmig angenommen.

Die gewählten Gemeindevertreter nehmen ihre Funktionen an.

TOP. 3 Dienstbarkeitsvertrag Löschwasserversorgungsanlage Kaltenbrunner

Für die Anwesen Atzer, Reitner und das Wohnhaus Kaltenbrunner steht kein Löschwasser zur Verfügung.

Zuständig für die Bereitstellung von Löschwasser ist die Gemeinde. Die Gemeinde kann aber aus finanziellen Gründen keine Vollversorgung schaffen.

Aufgrund des Ersuchens der Feuerwehr und der Sachverständigen bei den Feuerbesuchen haben sich die Eigentümer des Anwesens Atzer, Hr./Fr. Christian u. Ursula Kaltenbrunner, dazu entschlossen, in Eigenregie einen Löschteich zu errichten.

Aufgrund der Errichtung dieser Löschwasserversorgungsanlage ist der vom Landes-Feuerwehrkommando Oö. vorgegebene Dienstbarkeitsvertrag zu beschließen, der dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wird.

Debatte:

GR Bernhard Kühholzer hebt positiv hervor, dass Privatfamilien die Aufgaben der Gemeinde mittragen.

Antrag:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Dienstbarkeitsvertrag betreffend die Löschwasserversorgungsanlage Kaltenbrunner zu beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird mit Handzeichen einstimmig angenommen.

TOP. 4 Bericht des Prüfungsausschusses

Der Obmann des Prüfungsausschusses, GR Günther Neidhart, berichtet dem Gemeinderat über die Sitzung vom 5.09. und 15.10.2013 des Prüfungsausschusses.

Der Bericht des Prüfungsausschusses ist der Verhandlungsschrift beigelegt.

Debatte:

GR Karl Haidinger erkundigt sich über den aktuellen Stand der Gespräche mit der Biowärme Weyer.

Der Vorsitzende berichtet, dass der Obmann des Prüfungsausschusses, GR Günther Neidhart, an diesem Gespräch mit Herrn Ing. Klaus Hofer, Geschäftsführer der Biowärme, teilgenommen hat. Es haben beide Vertragspartner ihre Standpunkte gegenübergestellt.

Zur Feststellung des Wärmebedarfs der Hauptschule werden weitere Berechnungen und Messergebnisse beim nächsten Treffen verhandelt. Für das DLZ wurde weitgehend eine Übereinkunft erzielt. Es folgt ein weiteres Gespräch.

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, den Bericht des Prüfungsausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

Beschluss:

Der Antrag wird mit Handzeichen einstimmig zur Kenntnis genommen.

TOP. 5 Marktgemeinde Weyer, Nachtragsvoranschlag 2013

Gemäß § 79 OÖ. Gemeindeordnung ist es notwendig einen Nachtragsvoranschlag zu erstellen.

Es wurden die Überschüsse und Fehlbeträge aus dem Finanzjahr 2012 und weitere Abweichungen im ordentlichen Haushalt und im außerordentlichen Haushalt dargestellt.

Gemäß TOP 14 der GRS vom 15.11.2007 werden alle Abweichungsbeträge über € 3.000,00 begründet, siehe Seite 4 – 9 im NAVA.

Die Auflage des Nachtragsvoranschlagsentwurfes wurde zwei Wochen kundgemacht. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Der Prüfungsausschuss hat am 15.10.2013 den Nachtragsvoranschlag behandelt und empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich, diesen in der vorliegenden Form zu beschließen.

Ordentlicher Haushalt:

	VA 2013	NAVA 2013	Differenz
Einnahmen:	€ 7.117.600,00	€ 8.249.100,00	€ + 1.131.500,00
Ausgaben:	€ 8.197.900,00	€ 9.737.300,00	€ + 1.539.400,00
	€ -1.080.300,00	€ - 1.488.200,00	€ + 407.900,00

Außerordentlicher Haushalt:

	VA 2013	NAVA 2013	Differenz
Einnahmen:	€ 1.939.300,00	€ 2.250.900,00	€ + 311.600,00
Ausgaben:	€ 1.939.300,00	€ 2.324.800,00	€ + 385.500,00
	€ 0,00	€ - 73.900,00	€ + 73.900,00

Abweichungen siehe Beilage: Seite 4 – 9 im NAVA

Debatte:

Frau Brigitte Fürnholzer erläutert den Nachtragsvoranschlag 2013 und bringt die Gesamtsummen des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes zur Kenntnis.

GV Mag. Peter Ramsmaier weist auf die Abweichungen für Honorare von 15.000 Euro für den Flächenwidmungsplan und Bodengutachten hin und möchte nähere Auskunft.

AL Franz Schörkhuber sagt, dass auf diesem Konto die Bodengutachten für die Standfestigkeit der umzuwidmenden Flächen und die Architektenkosten verbucht sind. Die Bodengutachten wurden zur Erzielung eines günstigeren Preises gesammelt beauftragt.

Brigitte Fürnholzer erklärt, dass sich diese Position auf zwei Hälften aufteilt. Die eine Hälfte in der Höhe von ca. 7.500 Euro wurde an Arch. Aumayr für den Flächenwidmungsplan entrichtet und die andere Hälfte wurde für das Bodengutachten bezahlt. Diese Kosten werden an die Grundeigentümer weiter verrechnet.

GR Bernhard Kühholzer bedankt sich bei der Buchhaltung für die geleistete Arbeit. Er sagt, dass die ÖVP-Fraktion zum Nachtragsvoranschlag keine einheitliche Haltung hat. Dies soll aber keine Kritik an die Gemeinde sein, sondern hat eher einen Mitteilungscharakter.

GR Karl Haidinger sagt, dass der Abgang gegenüber dem Vorjahr um 400.000 Euro gestiegen ist. In der Abgangsdeckung sind mittlerweile 183.100 Euro offen. Da jedes Jahr die freiwilligen Förderungen durch den 15 Euro- Erlass dazukommen, sollte man sich die Frage stellen, ob es nicht sinnvoll wäre, sich vom mehrgemeindigen Tourismusverband zu trennen. Er schlägt vor und möchte vermerkt haben, dass man theoretisch über diese Einsparungen diskutieren könnte. Die Nichtanerkennung der Investitionsüberschreitungen von 47.600 Euro findet er fast skandalös. Er weist darauf hin, dass den Abgangsgemeinden 5.000 Euro vorgeschrieben werden und in diesem Betrag sogar auch die Reparaturen hinein fließen. Für eine große Gemeinde wie Weyer, die auch Schulen zu erhalten hat, ist das ungeheuerlich.

Der Vorsitzende erläutert die Vorgehensweise des Prüfers.

GR Günther Neidhart beanstandet das Vorgehen und sagt, dass eine seriöse Budgetplanung für die Gemeinde Weyer völlig unmöglich ist. Diese Vorgehensweise ist unverständlich.

GR Karl Haidinger stellt das Fortbestehen der KG in Frage. Er meint, dass eine Zustimmung für weitere Ausgaben für die Gemeindevertreter aus Haftungsgründen künftig schwieriger werden wird, weil niemand mit dem Gesetz in Konflikt kommen möchte.

GV Mag. Peter Ramsmaier fragt, warum die Verwaltungskosten aus dem Jahr 2007 nicht schon früher nachverrechnet wurden. Frau Brigitte Fürnholzer sagt, dass der Verwaltungskostenbeitrag eine Kann-Bestimmung ist und die Gemeinde daher diesen Beitrag nicht weiterverrechnet hat. Bei der Endabrechnung vom Neubau der Volksschule Weyer hat Fa. LeitnerLeitner (Steuerberatungsbüro) in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass der Verwaltungskostenbeitrag verrechnet werden muss. Die Gemeinde hat darauf hin bei LeitnerLeitner nachgefragt, ob dies für alle Objekte gilt, weil es eine Kann-Bestimmung ist. Es wurde mitgeteilt, dass aufgrund von Prüfungen der Finanz diese Beiträge vorzuschreiben sind und dafür die Umsatzsteuer abzuführen ist.

Die Gemeinde hat folglich die Beträge hochgerechnet und die IKD um Stellungnahme ersucht. Von der IKD kam die klare Antwort, dass diese Kosten an die KG zu zahlen sind.

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, den Nachtragsvoranschlag 2013 der Gemeinde in der vorliegenden Form zu beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird durch Handzeichen mit 22 : 9 Stimmen beschlossen.

Gegenstimmen: GR Albert Aigner (FPÖ)
GR Karl Haidinger (FPÖ)
Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger (ÖVP)
GR Bernhard Kühholzer (ÖVP)
GRE Helmut Furtner (ÖVP)
GV Mag. Peter Ramsmaier (ÖVP)
GRE Ernest Steinschaden (ÖVP)
GRE Edeltraud Essbüchl (ÖVP)

Enthaltung: GR Mag.^a Eva Aigner (WBL)

TOP. 6 Essen auf Rädern, Gebührenerhöhungen

Das Rote Kreuz hat sich verpflichtet, für die Aktion „Essen auf Rädern“ die Zustellung des Mittagessens an die Teilnahmeberechtigten zu übernehmen, wobei die Zustellung des Essens ganzjährig an allen Wochentagen, ausgenommen Sonn- und Feiertagen, zu erfolgen hat.

Die an der Aktion „Essen auf Rädern“ teilnehmenden Personen werden dem Österreichischen Roten Kreuz, Ortsstelle Weyer, vom Marktgemeindeamt Weyer bekannt gegeben. Die Zustellung der Mittagessen wird von ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen des Österreichischen Roten Kreuzes durchgeführt.

Die Marktgemeinde Weyer ist für den Ankauf und Betrieb des Fahrzeuges verantwortlich und hat die Finanzierung zu übernehmen. Auch laufende Investitionen und Beiträge werden von der Marktgemeinde Weyer getragen (z.B. Ankauf Geschirr, Versicherungen, etc.). Ferner obliegt die Organisation und Abwicklung der Aktion ausschließlich der Marktgemeinde Weyer.

Um die Aktion „Essen auf Rädern“ kostendeckend führen zu können, werden von den teilnahmeberechtigten Personen Portionsgebühren eingehoben.

Diese Gebühren betragen zur Zeit € 6,20/Mahlzeit und setzen sich wie folgt zusammen:

- € 5,10 Kostenanteil für Verpflegung
- € 1,10 Kostenanteil zum Ankauf u. Betrieb d. Fahrzeug u. lfd. Betrieb

Die Mittagessen werden vom SHV Steyr-Land, Altenheim Weyer, zubereitet und der Marktgemeinde Weyer in Rechnung gestellt. Die Marktgemeinde Weyer verrechnet die Essensportionen ohne Aufschlag an die Teilnahmeberechtigten weiter. Die Portionspreise für die Teilnahmeberechtigten erhöhen sich ab Jänner 2014 auf € 5,30. Vom SHV Steyr-Land wird auch die Portionsgebühr für Fahrer angepasst – diese Gebühr beträgt ab Jänner 2014 € 4,80 (vorher € 4,50). Sämtliche Erhöhungen wurden in der SHV-Verbandsvorstandssitzung am 09.09.2013 beschlossen.

Der Kostenanteil für die Verpflegung ist von derzeit € 5,10/Mahlzeit auf € 5,30/Mahlzeit anzuheben. Die Kostengleichheit mit den Portionspreisen des SHV Steyr-Land ist wieder herzustellen.

Für die Teilnahmeberechtigten an der Aktion „Essen auf Rädern“ erhöht sich somit eine Mahlzeit um insgesamt € 0,20 auf nunmehr € 6,40.

Die kostendeckende Führung der Aktion „Essen auf Rädern“ wird auch von Seiten der Aufsichtsbehörde gefordert. Nur so ist es möglich, den Betrieb auch in Zukunft aufrecht zu halten.

Debatte:

GR Albert Aigner möchte wissen, wie der Gewinn von 1.400 Euro verwendet wird. Der Vorsitzende sagt, dass dieser Betrag in den ordentlichen Haushalt einfließt.

GR Albert Aigner fragt, ob nicht die Möglichkeit bestünde, dass die Erhöhung der Portionspreise von 20 Cent erst dann in Kraft tritt, wenn das erwirtschaftete Guthaben der Gemeinde verbraucht ist.

GR Günther Neidhart, Leiter der Aktion „Essen auf Rädern“, teilt dazu mit, dass der Überschuss im ersten Halbjahr ein Zwischenergebnis ist. Er sagt, dass man nicht davon ausgehen kann, dass dies auch im zweiten Halbjahr so sein wird, weil zB unvorhergesehen eine Autoreparatur notwendig ist oder neue Essensschalen anzuschaffen sind. Er betrachtet die wirtschaftliche Entwicklung über ein ganzes Jahr.

GR DI Leonhard Penz wird bei diesem Tagesordnungspunkt dagegen stimmen, weil er anregen möchte, ein soziales Zeichen zu setzen. Er schlägt vor, den Mindestrentenbezieher zB mit dem erwirtschafteten Gewinn entgegen zu kommen.

GR Johann Dietachmayr fragt, ob es möglich wäre, das Essen auch in der Schulküche anfertigen zu lassen.

Der Vorsitzende sagt, dass es aus Personal- u. Platzgründen unmöglich ist, zur selben Zeit zwei verschiedene Gerichte zu kochen.

GR Franz Haider möchte wissen, wie viele Essensportionen täglich zugestellt werden.

GR Günther Neidhart informiert, dass täglich 45 Portionen ausgeliefert werden. Durch die 24-Stunden-Betreuung ist derzeit ein kleiner Rückgang zu bemerken.

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, die Portionsgebühren für die Aktion „Essen auf Rädern“ wie beschrieben ab 01. Jänner 2014 um insgesamt € 0,20 zu erhöhen. Die neue Gebühr für die teilnahmeberechtigten Essensbezieher beträgt daher € 6,40/Mahlzeit.

Beschluss:

Der Antrag wird durch Handzeichen mit 30 : 1 Stimmen beschlossen.

Gegenstimme: GR DI Leonhard Penz (WBL)

TOP. 7 Powerman Austria 2013, Finanzierungsplan

Die Überprüfung des Antrages auf Bedarfszuweisung vom 24. Jänner 2013, GZ: 41522, ergibt für die Durchführung des Powerman Austria 2013 folgende Finanzierungsmöglichkeit:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	bis 2012	2013	Gesamt in Euro
BZ-Mittel (Marktgemeinde Weyer)	126.000	14.000	140.000
Summe in Euro	126.000	14.000	140.000

Die Gewährung und Flüssigmachung der in Aussicht gestellten Bedarfszuweisungsmittel erfolgt:

- ✓ auf Antrag der Gemeinde
- ✓ bei Nachweis des Bedarfes und des Einsatzes der vorgesehenen Eigen- bzw. der übrigen vorgesehenen Finanzierungsmittel
- ✓ nach Verfügbarkeit der Bedarfszuweisungsmittel.

anscheinend

Debatte:

GR Bernhard Kühholzer möchte wissen, ob die Gemeinde Arbeitsleistungen im Rahmen der Veranstaltungen SIG Eisenwurzen verrechnet, oder, ob die Gemeinde mitfinanziert.

Der Vorsitzende sagt, dass diese Geldmittel ein Beitrag der Gemeinde Weyer ist, der über Bedarfszuweisungsmittel gedeckt wird. Die Gemeinde Großraming erhält ebenfalls Bedarfszuweisungsmittel in der gleichen Höhe, die dem Powerman zugewiesen wird. Die Marktgemeinde Weyer verrechnet ihre Arbeitsleistungen für den Bauhof nicht.

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, den Finanzierungsplan für den Powerman Austria 2013 in der vorliegenden Form zu beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird mit Handzeichen einstimmig beschlossen.

TOP. 8 Tourismusabgabeordnung, Änderung

In der Kommissionssitzung des Tourismusverbands Nationalpark Region Ennstal wurde die Erhöhung der Tourismusabgabe (Ortstaxe) von derzeit € 0,60 auf € 0,75 per 01.01.2014 beschlossen. Der Tourismusverband Nationalpark Region Ennstal ersucht demnach die Mitgliedsgemeinden um die Anpassung der jeweiligen Tourismusabgabeordnungen und um die Behandlung des Themas in den Gemeinderäten.

Die entsprechende Verordnung wird dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Tourismusgemeinde Weyer, Luftkurort, mit der die Verordnung über die Einhebung einer Tourismusabgabe geändert wird

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Oö. Tourismusabgabe-Gesetzes 1991, LGBl. Nr. 53/1991, zuletzt geändert durch das Landesgesetz LGBl. Nr. 117/2012, hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 24. Oktober 2013 folgendes verordnet:

Artikel I

Die Verordnung des Gemeinderates über die Einhebung einer Tourismusabgabe (Tourismusabgabeordnung) vom 11. Dezember 2009, zuletzt geändert durch den Beschluss des Gemeinderates vom 10. Dezember 2009, wird wie folgt geändert:

§ 2 lautet:

§ 2

Höhe der Tourismusabgabe

- 1) Die Höhe der Tourismusabgabe wird mit **0,75 Euro** festgelegt.
- 2) Die Höhe der Tourismusabgabe für sämtliche unentgeltliche Nächtigungen in einer Ferienwohnung beträgt pauschal
 - a) für Wohnungen (Wohnräume) bis zu 50 m²Nutzfläche sowie für Dauercamper das 60-fache
 - b) für Wohnungen (Wohnräume) über 50 m² Nutzfläche das 90-fache

der festgesetzten Tourismusabgabe.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 01.01.2014 in Kraft.

Für den Gemeinderat

Der Bürgermeister:

An der Amtstafel:
angeschlagen am:
abgenommen am:

Debatte:

GR Eduard Lechner erkundigt sich über den Grund der Erhöhung.
Der Vorsitzende sagt, dass die Erhöhung vom Mehrgemeindigen Tourismusverband vorgegeben wird.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger weist darauf hin, dass die Tourismusabgabe seit mindestens zehn Jahren gleich geblieben ist. Die Abgabe wurde dem Verbraucherpreisindex angepasst und ist für den Gast zumutbar. Er unterstreicht, dass die Tourismusabgabe vom Gast nicht eingehoben werden „sollte“, sondern „muss“.

GR Bernhard Kühholzer möchte wissen, wie hoch die jährlichen Einnahmen sind.
Frau Brigitte Fürnholzer informiert, dass diese Einnahmen laut Budget ca. 7.000 bis 8.000 Euro betragen.

Antrag:

Bürgermeister Gerhard Klaffner stellt den Antrag, die vorstehende Verordnung über die Anpassung der Tourismusabgabe zu beschließen.

Beschluss:

Der Antrag wird mit Handzeichen einstimmig beschlossen.

TOP. 9 Personalangelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt ist vertraulich zu behandeln. Der Bürgermeister ersucht die Zuhörer den Sitzungssaal kurzzeitig zu verlassen.

Über diesen Tagesordnungspunkt wurde ein eigenes Protokoll erstellt.

TOP. 10 Bericht der Ortsteilsprecher

Die Ortsteilsprecher aus Unterlaussa haben sich für heute entschuldigt. Frau Dr. Brigitte Wallmann, Ortsteilsprecher-Stellvertreterin aus Kleinreifling, berichtet:

- **Dorfzentrum**

Die Verhandlungen mit der Diözese Linz sind langwierig und gestalten sich schwierig (Vorlage eines nicht annehmbaren Vertragsentwurfes, wechselnde Ansprechpartner). Bei den weiterführenden Gesprächen mit der neuen Ansprechpartnerin, Frau Mag. Lanzl, wurde ebenso ein Grundtausch in Betracht gezogen, der durch das Landesbauamt geschätzt wurde. Nach aktuellem Stand hat die Diözese Linz aber den Tausch mit der sog. „Kälberweide“ abgelehnt.

Wie Frau Dr. Wallmann heute von Bgm. Klaffner erfahren hat, wird doch der Tauschvertrag von der Diözese angenommen. Die Vertragspunkte wurden bereits an die Pfarre geschickt. Die Gemeinde hat mit Frau Mag. Lanzl heute telefoniert und die Auskunft erhalten, dass es nun doch beim Grundtausch bleibt. Ein unterschrittsreifer Vertragsentwurf soll in den nächsten Wochen vorgelegt werden.

Die Obfrau des Pfarrgemeinderates, Frau Elisabeth Gollner, hat viel Zeit und „Herzblut“ in das Projekt investiert. Mit persönlichem Engagement und Einsatz hat auch Ortsteilsprecher Reinhold Zawrel das Projekt konsequent vorangetrieben.

Bgm. Klaffner hat in der letzten Ortsteilversammlung Ende Juni informiert, wenn Entscheidungstermine nicht eingehalten werden, kann das Dorfzentrum auch auf dem Grundstück der Gemeinde, am Ortsplatz neben dem Pfarrheim, errichtet werden. Eine genaue Planskizze wurde Frau Mag. Lanzl bereits beim letzten Gespräch übergeben. In der morgigen Ortsteilbeiratssitzung wird dieses Thema gemeinsam mit den Vertretern der Vereine nochmals eingehend behandelt werden.

- **Windräder**

Es herrscht nicht nur unter der Bevölkerung von Kleinreifling Unruhe. Frau Dr. Wallmann bemängelt diese negative Entwicklung. Sie meint, dass man diese Lage besser kanalisieren hätte können, wenn Ende Juni die versprochene Informations- bzw. Bürgerversammlung statt gefunden hätte.

- **Projekt „Zeit im Zug“**

Herr Christian Haselsteiner hat einen alten Eisenbahnwaggon umgestaltet und möchte diesen für Jugendliche zB als Jugendtreff, zur Verfügung stellen. Ursprünglich wollte er den Waggon in der Nähe der Bahngleise auf dem Parkplatz im Rückstaubereich, ehem. Kläranlage, aufstellen. Da es aber mit der Grünlandwidmung Probleme gibt, wurde ein neuer Standort in der Nähe des Grundstücks von Herrn Schachner Thomas als geeignet erachtet. Für die Gemeinde würden keine Kosten entstehen, alle Arbeiten werden in Eigenregie gemacht. Nur das Grundstück müsste von der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeister Gerhard Klaffner dankt Elisabeth Gollner für die mühevollen Arbeit und berichtet über ihre schwierige Lage zwischen Pfarre / Diözese und Gemeinde. Frau Mag. Lanzl hat von ihm und Frau Gollner die Mitteilung erhalten, dass nur ein Grundtausch in Frage kommt und sie die entsprechenden Unterlagen für den Grundtausch vorbereiten möge. Sie hat zugesichert, dass sie den Vertragsentwurf in den nächsten Wochen übermitteln wird.

Aufgrund der letzten Diskussionen über die KG ist für Bürgermeister Klaffner der Abschluss eines Baurechtsvertrages nicht mehr vorstellbar. Die genauen Modalitäten müssen noch geklärt werden. Sie werden den Gremien rechtzeitig bekanntgegeben.

Der Vorsitzende bestätigt, dass es mehrere Begehungen mit Herrn Haselsteiner gegeben hat. Zähe Debatten mit den Anrainern über den möglichen Standort brachten die Verhandlungen aber ins Stocken. Herr Rudi Hirner, Mitglied des Ortsteilbeirates, hat sich als Vermittler angeboten und nimmt sich der Sache jetzt an.

Bürgermeister Gerhard Klaffner sagt, dass es im Rahmen des Dringlichkeitsantrages noch nähere Informationen zu den Windrädern geben wird. Vorab möchte er aber über das gestern Nachmittag erhaltene Email von der Energie AG informieren. Die Energie AG hat darin mitgeteilt, dass die zugesicherten Unterlagen (Vogelgutachten bis Ende Mai 2013 und Windmessergebnisse bis Anfang September 2013) erst Ende 2014 vorgelegt werden. In einem Gespräch mit den vier Fraktionen wurde über dieses Thema gesprochen und beraten. Die vier Fraktionen werden auch wieder als erstes über die neuen Berichte der Energie AG informiert werden.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger fragt, ob die Diözese bei der Errichtung des Dorfzentrums einen Beitrag leistet. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Diözese finanziell nichts dazu beisteuert.

Für Vizebürgermeister Matzenberger ist es unverständlich, dass die Gemeinde ein Gebäude abreißen will und als Gegenleistung einen Grundtausch („Kälberweide“) anstrebt, damit das Dorfzentrum gebaut werden kann.

Der Vorsitzende sagt, dass die „Kälberweide“ das Tauschobjekt wäre. Für ihn ist es wichtig, dass auch seitens der Gemeinde etwas zum Gemeinschaftssinn beigetragen wird. Nachdem bekannt ist, dass der alte Pfarrhof nicht saniert werden kann stehen die Pfarre Kleinreifling bzw. die Pfarrgemeinderatsvertreter in Zukunft vor einem unlösbaren Problem.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger gratuliert Kleinreifling zur Initiative, ein öffentliches Jugendzentrum einzurichten. Er berichtet über einen Vortrag des Regionalforums im TDZ und sagt, dass eine rege Bürgerbeteiligung erwünscht ist und ihre Ideen für die Gestaltung der Gemeinde und der Region wichtig sind. Den Themenschwerpunkt: „Jeder Gemeinde sein Jugendzentrum“, möchte er besonders herausheben, weil diese Aufgabe auch in Weyer schon lange Thema ist. Das Projekt „Zeit im Zug“ gefällt ihm sehr gut. Er meint, dass es hier eine Überschneidung mit der Gemeinde gibt (siehe Bahnhof Weyer) und bemerkt in dieser Angelegenheit zu wenig Bewegung.

TOP. 11 Bericht „Liebenswertes Weyer“

Obmann Jürgen Aigner hat sich für die Sitzung heute entschuldigt.

TOP. 12 Allfälliges

a) DA) Volksbefragung zum Windpark Projekt am Hühnerkogel und Ennsberg

Die ÖVP Fraktion Weyer beantragt, dass über das Windpark Projekt Ennsberg Hühnerkogel, für das im Jahr 2012 und 2013 Windmessungen durchgeführt wurden, eine Befragung der Weyrer Bevölkerung durchgeführt wird. Diese soll nur im Fall einer konkret beabsichtigten Projekt – Realisierung durch die Betreiber stattfinden. Eine vorherige umfassende Information inklusive Podiumsdiskussion ist unter Moderation der Gemeinde Weyer umzusetzen. Es muss ein konkretes Vertragswerk vorliegen, das im Vorfeld den Weyrerinnen und Weyrern zur Kenntnis zu bringen ist. Wenn möglich, soll die Befragung gemeinsam mit einer anderen Wahl, oder Umfrage etc. abgehalten werden um den Aufwand und die Kosten gering zu halten.

Debatte:

GR Günther Neidhart: *„Wo ist die Dringlichkeit, nachdem wir vorige Woche beieinander gesessen sind und dort die Vorgangsweise abgesteckt haben.“*

GR Bernhard Kühholzer: *„Über die Abstimmung und die Entscheidung über das Projekt haben wir nicht viel geredet. Wir haben eigentlich nur auf die Weiterführung der Messungen gesprochen. Da geht es nicht um die Messungen, sondern im Vorfeld darum, dass ich der Bevölkerung die Möglichkeit geben will, dass sie die Entscheidung über das treffen kann was sie betrifft und das möchte ich nicht in einer kleinen Lobbyismusgruppe innerhalb des Gemeinderates geregelt haben, sondern wirklich die Macht in diesem Fall der Bevölkerung geben. Das ist demokratisch. Der Vorteil darin ist, dass ich die Betreiber herausfordere, weil die Betreiber dann wirklich zu den Leuten gehen und dort informieren müssen. So wie es jetzt die Gegner gemacht haben, sind dann die Betreiber gefordert, ihre Argumente unterzubringen.“*

GR Karl Haidinger: *„Wie wir letzte Woche beieinander gesessen sind, haben wir doch gesagt, dass zB das Vogelgutachten bis heute vorgelegt werden muss.“*

Der Vorsitzende: *„Seit gestern habe ich eine andere Aussage der Energie AG, das Ganze dauert bis Ende 2014.“*

GR Karl Haidinger: *„Das heißt, sie haben sich an unsere Forderungen nicht gehalten.“*

Der Vorsitzende: *„In diesem Sinn „ja.“*

GR DI Hermann Großberger: *„Soll das eine Befragung oder eine Abstimmung sein?“*

GR Bernhard Kühholzer sagt: *„Eine verbindliche Befragung.“*

GR DI Hermann Großberger: *„Ich möchte nicht, dass dies der Gemeinderat abwälzt, und ich sehe jetzt überhaupt keine Dringlichkeit, dass wir über den Antrag abstimmen. Ich bin jetzt überrascht von dem und lehne deswegen das heute komplett ab.“*

GR Bernhard Kühholzer: *„Wir haben bei dem gemeinsamen Gespräch vor einer Woche schon eingebracht, dass wir das für gut halten. Also ganz von heute auf morgen ist es nicht passiert. Konkretisiert hat es sich in dieser Woche, Richtung Gemeinderatssitzung. Es ist wichtig, rechtzeitig die Sicherheit zu geben und nicht zu warten und zu warten, weil der Unmut und die Spekulationen werden trotzdem laufend mehr.“*

GR DI Hermann Großberger: „Ich bin dafür, dass wir darüber diskutieren wie wir weiter vorgehen, aber das ist für mich kein Ausweg aus der Situation.“

GR Franz Haider: „Auch wir sind sehr überrascht, dass auf einmal ein Dringlichkeitsantrag kommt. Am Donnerstag sind wir noch bei einander gesessen und ich glaube, wir hatten in der Viererrunde wirklich eine gute Gesprächsbasis; mit dabei waren auch die Vizebürgermeister. Ich weiß von keiner anderen Gemeinde, dass es diese Möglichkeit gibt, dass der Bürgermeister bei wichtigen, dringenden Sachen, Geschichten mit Priorität, zu einem Fraktionsgespräch einlädt. Komischerweise erfährt man dann eine paar Tage später, dass ihr einen Dringlichkeitsantrag wollt. Diese Vorgehensweise finde ich sehr eigenartig. Noch dazu geht es eigentlich gar nicht so um das Projekt, sondern mir kommt vor, bei diesem Antrag will man auf alle Fälle die Bevölkerung abstimmen lassen. Irgendwie hat man den Eindruck, die ÖVP ist sich selber nicht einig und will den schwarzen Peter an die Bevölkerung abschieben. Sobald wir die Ergebnisse haben und etwas Konkretes wissen (Vogelgutachten,...), das waren auch immer die Worte des Bürgermeisters, gehen wir damit an die Bevölkerung. Nur wir haben noch nichts. Dass wir damit Druck machen können, glaube ich nicht. Ich glaube nicht, dass die Firma Haider oder die Energie AG sich durch uns einen Zeitdruck auferlegen oder anstrengen werden. Ich finde diese Vorgehensweise eigenartig. Warum hat man nicht bei dem Fraktionsgespräch schon darüber gesprochen, dass man eventuell das gerne in der Gemeinderatssitzung im Dezember auf die Tagesordnung aufnehmen möge.“

GR Bernhard Kühholzer: „Im Gespräch vorige Woche haben wir das sehr wohl ins Gespräch gebracht. Das mit den Fakten vorher im Vertrag, steht schon alles drinnen, das möchte ich vorher haben. Ich möchte jetzt nicht ins Blaue hinein eine Abstimmung machen, sondern zuerst schon alles am Tisch liegen haben und dann über ein konkretes Projekt mit Vertrag abstimmen.“

GRE Erhard Sandner: „Ich habe zu den angekündigten Windmessungen, die bis Ende 2014 verlängert werden sollen noch eine Frage. Muss das beantragt werden und wer trägt die Entscheidung, dass sie tatsächlich weitergeführt werden?“

Bürgermeister Gerhard Klaffner: „Die Windmessungen sind jetzt für ca. 12 Monaten beantragt. Meines Wissens ist es ein konsensloser Zustand. Das heißt, wir werden die Betreiber auffordern, den Windmasten abzutragen.“

GRE Erhard Sandner: „Der Gemeinderat hat noch die Entscheidung offen, ob die Windmessungen weiter geführt werden, oder, ob der Mast abgetragen wird. Wann soll diese Entscheidung fallen?“

Bürgermeister Gerhard Klaffner: „Ich werde morgen, je nachdem wie heute die Entscheidung fällt, Dr. Pointner darauf aufmerksam machen, dass mir über die Verlängerung der Messungen nichts bekannt ist und, dass es von mir ein Schreiben gibt.“

GRE Erhard Sandner: „Hieße das auch das Ende der Windräder, wenn diese Entscheidung fällt?“

Bürgermeister Gerhard Klaffner: „Dass kann ich nicht beurteilen.“

GR Rudolf Auer: „Wenn die Betreiber nicht fähig sind, das Vogelgutachten und den Windmasterplan rechtzeitig vorzulegen und keine Stellung dazu nehmen, ob sie ein weiteres Ansuchen für Windmessungen abgeben werden, dann ist das schon sehr vage. Zur ÖVP möchte ich sagen, habt ihr selbst keine klare Aussage oder Stellungnahme zu dem Projekt. Wollt ihr euch hinter der Bevölkerung verstecken, habt ihr keinen Mut, Entscheidung selbst zu treffen? Wie man in den Bürgerversammlungen gesehen hat, wurde diese sehr vage besucht. Das Interesse ist nicht so gegeben, wie für manche erforderlich wäre. Die Entscheidung auf die Bürger ab-

wälzen und selber keine Stellung dazu nehmen ist eigentlich zu wenig. Mir ist die Natur da oben wertvoller, als der Nutzen für die Betreiber.“

GR Albert Aigner: „Wir haben einen Dringlichkeitsantrag vorliegen, der die Bevölkerung mit einbeziehen möchte, was ich grundsätzlich für gut finde, weil man die Verantwortung nicht abschiebt. Es geht hier um jede einzelne Weyrerin und um jeden einzelnen Weyrer, die ihre Meinung dazu kundtun sollen, ob sie dort Windränder haben möchten oder nicht. Es hat schon Beschlüsse im Gemeinderat gegeben betreffend der Befristung der Windmessungen und das geht jetzt einfach weiter. Andere Informationen bekommt man nicht; wir sind noch nicht einmal am Anfang dieses Projektes. Was ich für ganz schlecht finde ist, dass ein Projekt, das doch eine Tragweite für unsere Region beinhaltet, auf der einen Seite Natur, auf der anderen Seite auch ein wirtschaftlicher Faktor dabei mitspielt, dass das Ganze jetzt irgendwie verpolitisiert wird. Ich glaube, die Punkte die hier gefordert werden sind, dass man Befürworter und Gegner bei Diskussionen aneinander lässt, damit sie mit Informationen herausrücken. Sollte es so sein, dass sie wirklich weiter blocken, dann muss ich mich bei dir anschließen. Wenn wer was machen will und sagt nicht was und wann, dann ist so ein Projekt wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt. Ich traue mir mit den Informationen die wir bis jetzt bekommen haben keine Abstimmung für ein dafür oder dagegen abgeben. Es ist ein Trauerspiel, dass hier nichts weiter geht. Ich weiß nicht, ob es an der Gemeinde liegt, ob sie mehr Druck machen sollte.“

GR DI Leonhard Penz: „Das Stichwort, zurücklehnen und warten, ist gut, denn es gibt das Sprichwort: „Schon öfters was erwartet, als darennt.“ Ich möchte in dem Zusammenhang folgendes sagen, das einzig Dringliche was ich sehe ist, dass die Gemeinde Informationen an die Bevölkerung weitergeben sollte, wie zB die rechtlichen Schritte aussehen könnten, welche Grundlagen wir zur Entscheidungsfindung eingefordert haben, welche schon vorhanden sind, oder nicht vorhanden sind. Erst dann können wir eine bindende Entscheidung von uns geben. Wenn der Betreiber weiterhin nicht will, dann will er nicht, das muss man eben abwarten.“

GRE Rainer Hackl: „Bezugnehmend auf die Windmessungen habe ich eine Frage, ob das Ansuchen an die Gemeinde notwendig ist, wenn ja, dann möchte ich wissen warum. Es ist, soviel ich weiß, um Verlängerung angesucht worden, hier ist die Landesregierung, Abteilung Luftfahrtbehörde, zuständig. Ich weiß, dass erst viel später mit den Messungen begonnen wurde und der mobile Messwagen erst vor einem Monat aufgestellt worden ist. Den möchten sie natürlich auch den ganzen Winter über stehen lassen, weil das mobile Gerät noch genauer misst. Ich glaube, man sollte schon auf die ganzen Gutachten warten, die noch abgehen. Von dem Vogelgutachten weiß ich noch nichts.“

Der Vorsitzende: „Wir sind zuständig und derzeit dabei, dies bei der Rechtsabteilung der Bezirkshauptmannschaft und auch bei der Baurechtsabteilung beim Land abzuklären.“

AL Franz Schörkhuber: „Die Zeit, wo man um die Verlängerung ansuchen hätte können, ist abgelaufen. Nachdem die Kenntnisnahme der Gemeinde befristet auf konkret 12 Monate und ca. auf 1 Jahr befristet war, hat es das mündliche Ersuchen der Energie AG bis Ende August gegeben. Der Bürgermeister hat darüber im Gemeinderat informiert und das ist bis Ende August so zur Kenntnis genommen worden. Inzwischen ist diese Frist auch vorbei und es ist in dieser Zeit wieder nicht um Verlängerung angesucht worden. Wenn es jetzt über 1 Jahr hinausgeht, ist die ganze Windmessung auch für die Baubehörde ein Bewilligungsfall, dh., es ist nicht anzuzeigen. Die Energiewerkstatt muss jetzt um die Baubewilligung ansuchen, wenn sie weiterhin messen will. Die Gemeinde ist jetzt in der Situation, wo man den Windmastbetreiber auf den konsenslosen Zustand aufmerksam machen muss. Die Energiewerkstatt hat dann die Möglichkeit, um Verbesserung bzw. um eine Baubewilligung anzusuchen.“

GR Johann Dietachmayr: „Dass die ÖVP-Fraktion sich nicht traut, dass sie eine Entscheidung trifft, das möchte ich grundsätzlich zurückweisen. Auch von meiner Seite möchte ich sagen, ich traue mich, Entscheidungen zu treffen. Ich glaube, dass davon ausgegangen wurde, dass bis Ende 2013 die ganzen Unterlagen da sein hätten müssen. Aufgrund dieser Unterlagen wäre

dann gedacht gewesen, die Bevölkerung zu informieren und nicht 31 Gemeinderäte darüber entscheiden zu lassen, ob das jetzt gemacht wird oder nicht. Ich glaube, dass wir nicht alleine über rund 5000 Leute abstimmen können. Dass sich jetzt alles bis Ende 2014 hinauszögert, wissen wir erst heute. Wenn wir zwei Jahre brauchen, bis wir eine Entscheidung treffen können oder nicht, dann bin ich eher dafür, dass wir das Projekt nicht weiter betreiben. In Steyr und in St. Ulrich hat es auch die Bevölkerung so weit gebracht, dass das Projekt dort gestorben ist. Wenn die Firma nicht fähig ist, die Unterlagen rechtzeitig vorzulegen, dann kann ich die Sinnhaftigkeit in diesem Projekt nicht erkennen. Das ist meine Meinung, aber eine Entscheidung trauen wir uns sicher zu.“

GV Mag. Peter Ramsmaier: „Eigentlich hast du mir schon einiges vorweg genommen. Ich möchte das auch zurückweisen, dass wir uns nicht entscheiden trauen. Ich bin sogar stolz darauf, dass wir innerhalb unserer Gruppe unsere Meinung sagen können. Wir müssen uns in dieser Sache überhaupt nicht einig sein, da sind wir Gott sein Dank so eine offene Truppe. Wir wollen die Entscheidung absolut nicht abschieben, im Gegenteil. Was ich weiß ist, dass zB in den niederösterreichischen Gemeinden, wo Windkraftwerke von der Windkraft Simonsfeld und von Firma W.E.B errichtet worden sind, es überall eine Volksentscheidung gegeben hat. Wenn der Gemeinderat jetzt der Meinung ist, dass wir über ein so wichtiges Thema die Bevölkerung nicht fragen brauchen, dann glaube ich, seid ihr wahrscheinlich falsch beraten. Das ist meine persönliche Meinung.“

GR DI Hermann Großberger: „Die erste Entscheidung und Abstimmung voriges Jahr war für mich rückwirkend ein Hüftschuss. Ich möchte keinen zweiten Hüftschuss in dieser Sache machen, daher lehne ich den Dringlichkeitsantrag ab. Wir, der Gemeinderat, sollen uns erneut die Frage stellen, ob wir das überhaupt noch wollen. Ich habe zu den Betreibern das Vertrauen aufgrund ihres Verhaltens verloren. Wir brauchen die Betreiber nicht einladen für Informationsveranstaltung, das sind ja keine „Tschapperl“. Wenn sie was wollen, dann sollen sie kommen und um unsere Sympathie werben. Wenn sie das nicht tun, dann sollen sie bleiben wo sie sind, dann sagen wir, vielleicht wollen wir das gar nicht und sie können aufhören zu planen.“

GR Karl Haidinger: „Im Prinzip muss man schon auch sagen, so wie die sich verhalten und die wollen eigentlich etwas von uns. Wir fordern und fordern und sind geduldig, wenn wir keine Antwort bekommen. Das ist kein professionelles Verhalten von einer großen Firma. Dann muss man auch berücksichtigen, dass ein gewisser Kreis von den hohen Förderungen profitiert. Das Projekt geht dann 25 / 30 Jahre. Ich weiß nicht, wie lange die Förderung läuft, aber sicher nicht über 30 Jahre. Da der Marktpreis für die Stromgesellschaften von 94 Euro auf ca. 38 Euro gefallen ist, hat man theoretisch nach 13 Jahren das Risiko, dass die Betreiber die Firma in Konkurs schicken können und die Anlagen stehen lassen. Wenn sich die Firma so verhält, dass sie nicht relativ offen mit uns redet und sogar bei den kleinsten und normalsten Informationen, selbst diese verweigert, dann fehlt mir eigentlich die Vertrauensbasis, dass ich ihnen das 30 Jahre zutraue.“

GV Mag.^a Eva Aigner: „Ich kann mich im Prinzip Karl Haidinger anschließen. Ich habe auch absolut das Vertrauen in die Betreiberfirmen verloren. Was mich am meisten ärgert, ist die Weise, wie sie mit uns umgehen und einfach diese normative Kraft des Faktischen „Ich tu halt einfach und dann ist es halt so“. Ich denke mir, dass müssen wir uns nicht gefallen lassen und wir müssen ihnen auch nicht nachrennen. Wir haben keine Holschuld, wir müssen nicht gehen, bitte informiert's, dass muss schon von ihnen kommen.“

GRE Erhard Sandner: „Nachdem die Windmessungen bis Ende August genehmigt wurden, hätte die Gemeinde wahrscheinlich schon die Möglichkeit gehabt, den Antrag zu stellen, den Windmasten abzubauen. Die Zeit wäre schon gewesen, weil kein neuerlicher Antrag zu einer offiziellen Verlängerung aufliegt; das dazu zur Feststellung. Einige private Gedanken; eine Firma ist Betreiber und die Energie AG ist Partner und gibt Rückendeckung. Ich sehe da schon im hohen Maße einfach wirtschaftliche Interessen, weniger wirklich energierelevante. Das ist ganz klar zu sehen. Eine grundsätzliche Sache noch, wenn man die Kraftwerke in unserer Gegend

anschaut, da wäre durchaus Potential vorhanden, wenn wir diese so in Stand halten, wie es in den Verträgen vorgeschrieben ist, dass man sie ausräumt und der Durchfluss wieder gegeben ist, die Effizienz zu steigern. Da würde ich mir die Windkraft auf die Bergrücken ersparen. Das ist jetzt kein Statement gegen die Windkraft an sich, weil Alternativenergien in Ordnung sind. Es wird nie darüber nachgedacht, wo kann ich Energie einsparen. Zumindest nachgedacht wird schon, aber nicht effizient genug gehandelt. Es wird immer vom Kleinen verlangt, dass er Energie spart, aber umgekehrt sollte es auch möglich sein, dass von „oben“ Energie eingespart wird.“

GR Rudolf Auer: *„Ich kann mich bei euch dreien, Karl, Sidi und Hermann nur anschließen. Ihr habt genau das gesagt, was Sache ist.*

Zur mobilen Windmessung, mich verwundert es, dass diese erst seit einem Monat steht. War das vielleicht schon ein Teil der ganzen Verzögerung um die Messungen längerfristig hinaus zu schieben?“

GRE Rainer Hackl: *„Ihr denkt euch in einen Irrtum hinein, die mobile Windmessung ist zuerst am Schneeberg und dann am Farnberg gestanden; sie kann nicht gleichzeitig auch am Ennsberg stehen. Ich glaube, sie werden um Verlängerung ansuchen, weil sie die Messdaten noch nicht haben. Das ist meine Meinung und sie haben auch schon bei der Landesregierung, Luftbehörde angesucht. Darum habe ich auch die Frage gestellt, dass auch bei der Gemeinde gefragt werden muss. Ich glaube schon, dass man den Betreibern die Chance geben muss, dass sie genau 1 Jahr messen können, um es zu dokumentieren. Die Daten von dem Masten sind schon da, aber der Kontakt zu den Betreibern müsste noch hergestellt werden.“*

GV Mag.^a Eva Aigner: *„Ich verstehe das nicht, warum kann die Betreiberfirma nicht sagen, schaut's her, der mobile Masten steht dort und dort. Wir fangen in Weyer erst im Juni oder Juli an. Warum lassen sie die Gemeinde und den Gemeinderat in dem Glauben, dass sie messen?“*

GRE Rainer Hackl: *„Es geht jetzt rein um die Windmessung und jeder glaubt es wird jetzt schon gebaut.“*

GV Mag.^a Eva Aigner: *„Nein gar nicht, das ist ja schon wieder so, wenn sie sagen, wir messen ab voriges Jahr Juli bis heuer Ende August, dann nehme ich an, dass die ganze Zeit gemessen wird und die ganze Messung stattfindet. Warum kommen sie nicht und sagen, ja das mobile Gerät ist zuerst dort gestanden und deshalb wollen wir jetzt länger messen, damit wir zwölf Monate für die gleichzeitige Messung zusammen bringen. Wir waren bis vor einer halben Stunde der Meinung, sie haben ein ganzes Jahr vollständig gemessen. Man hätte der Gemeinde die Information schon früher weiter geben können, dass das mobile Gerät erst jetzt eingesetzt wird.“*

GRE Rainer Hackl: *„Wenn man Informationen haben will, dann muss man fragen.“*

GR Bernhard Kühholzer: *„Ich möchte generell sagen, in der Beurteilung von den Betreibern sind wir uns ziemlich einig. Der Umgang mit dem Gemeinderat ist sicher nicht in Ordnung, das ist überhaupt kein Thema. Ich bin kein Befürworter und auch kein Gegner, ich hab mich selber noch nicht entschieden und will auch nicht, dass es hier diskutiert wird, weil da würde uns die Nacht zu kurz werden. Man sollte sich aber bemühen, zwischen Formfehlern und dem sachlichem Inhalt zu unterscheiden. Was die Betreiber jetzt machen, sind zu hundert Prozent Formfehler, sachliche Inhalte können wir noch gar nicht sagen, weil wir noch keine bekommen haben.“*

GV Mag. Peter Ramsmaier: *„Ich möchte mich an deine Äußerung, Eva, anschließen, warum ist die Bevölkerung da im Regen stehen gelassen worden mit der terminlichen Situation. Ich kann mich noch gut an das erste Gespräch mit der Energie AG erinnern, da hat es geheißen, wir müssen unbedingt vor dem Winter mit der Messung anfangen, weil wir unbedingt bis Ende*

2013 zum Bauen anfangen wollen. Damals war es extrem wichtig. Gerhard, du weißt es ganz genau und jetzt auf einmal lassen sie das so dahin wurschteln, keine Antwort auf unsere Fragen. Eigentlich eine Missachtung unserer Persönlichkeit, das muss man ganz offen sagen. Ich finde das von einer Energie AG oder auch von der Firma Haider, gerade aber von der Energie AG als Großbetrieb, der schon sehr viele Projekte in dieser Richtung durchgezogen hat, eigentlich ziemlich dilettantisch. Das ist überhaupt nicht ihr Stil, die müssten das auch anders können.“

GRE Erhard Sandner: „Es hat für die Windmessungen einen Zeitplan gegeben. Sie machen das nicht zum ersten Mal, sie waren sich sicher, dass sie das in dem Zeitraum messen und dann haben wir ein Ergebnis. Jetzt ist kein Ergebnis da, sie wollen eine Verlängerung und es ist mehrmals nachgefragt worden, Rainer, das haben sie jetzt auch bestätigt. Das ist keine Antwort, das ist wirklich als negativ zu bewerten. Dass Firma Haider sich ein zweites Standbein baut, seit Jahren mit Wasserkraft und jetzt mit Windkraft und andere Energieformen, das sieht man und ist auch grundsätzlich nicht schlecht.“

GR Eduard Lechner: „In mir entsteht der Eindruck, dass die Windmessungen künstlich gestreckt werden, um zu gute Windwerte zu kommen.“

GR Josef Schuller: „Ich komme mich von den Herren ver... vor, die da vorne gesessen sind. Sie haben gesagt, innerhalb von einem Jahr läuft die ganze Messung ab. Heute haben wir noch keine Information erhalten. Mit solchen Leuten soll man arbeiten, das kann es nicht sein.“

GR DI Großberger: „Ich habe gegenüber diesen Firmen nicht nur das Vertrauen verloren, sondern ich habe einfach Angst vor denen. Wenn man denen den kleinen Finger gibt, beißen sie einem die Hand weg. Je früher wir im Gemeinderat ein klares Zeichen auf „aus“ setzen, desto schneller kommen wir zu einem klaren Ende.“

GR Andreas Hofer: „Ich habe den Verdacht, dass diese Firma, nach dieser Taktik vorgeht, wie schon Herr Penz gesagt hat, „man kann mehr erwarten als es darennen“. Ich glaube, dass der Widerstand ziemlich stark ist. Es haben sich Vereine gebildet, die gegen diese Windkraft sind. Denn es könnte sein, dass man einfach abwartet, bis sich alles beruhigt hat, weil bei den anderen Standorten das Thema auch abgeschlossen ist. Die Gegnerschaft ist nicht mehr so stark und dann hofft man vielleicht, dass man das Projekt dann durchbringt.“

GR Günther Neidhart: „Wir haben eine ganz starke Position, das habe ich heute dazugelernt, weil wir im Baurecht als Baubehörde die Messung verhindern können und wir nachher, was noch gar nicht geredet worden ist, weil noch kein Umwidmungsantrag gestellt wurde, wir wieder zuständig sind. Also recht viel mehr Möglichkeiten brauchen wir nicht, wir brauchen nur dort sagen, nein wir wollen nicht messen und später, wenn nach 2015 einmal ein Antrag auf Umwidmung kommt, dann sagen wir halt dort auch nein.“

GR DI Leonhard Penz: „Das ist auch mein Ansuchen, dass man dies auch der Bevölkerung einmal klar darstellt, welche Mitteln wir eigentlich in der Hand haben. Wenn wirklich die Bevölkerung weiß, welche Mittel wir in der Hand haben und, dass es jederzeit aus sein kann, glaube ich auch, dass eine sachliche Diskussion dann auf breiter Basis geführt werden kann. Das wäre mein Ansuchen, dass man in einer Zeitung oder in einem Flugblatt klar auflegt, wie die rechtliche Situation ist.“

GV Mag.^a Eva Aigner: „Ich glaube auch, das wäre eine angebrachte Sache, wenn wir wirklich die Bevölkerung in einer kurzen Information, schaut´s, das ist der Stand, wir haben noch nichts, es ist noch überhaupt nichts entschieden. Und ich glaube, das wolltet ihr mit dem Dringlichkeitsantrag auch bezwecken, dass man sagen kann, wir tun eh was und wir fragen euch. Die Bevölkerung kann mitentscheiden, wir beschließen nichts, ohne sie vorher zu fragen. Das wäre so ein Zeichen gewesen „ihr werd´s eh befragt.“ Ich glaube auch, wie Leonhard schon

gesagt hat, das wäre eine gute Geschichte, schaut's das ist der Stand und dann ist wirklich der Wind draußen und die Gemüter sind ein wenig besänftigt.“

Vizebürgermeister DI Matzenberger: „Ich kann bestätigen, dass die Besprechung letzte Woche sehr sachlich abgelaufen ist und durchaus alles besprochen wurde. Was mir überhaupt nicht gefallen hat, war der Informationsfluss, das ist beispielsweise für das Projekt. Ich habe keine E-Mails und keine Information, die in der Zwischenzeit gekommen ist, erhalten, obwohl sie uns eigentlich zugesagt worden ist. Ich wollte ja nicht überrascht werden. Wir haben auch in der Sitzung besprochen, dass wir einen Dringlichkeitsantrag stellen warum ist da nichts gesagt worden. Wir schauen uns das mit der Zuständigkeit genau an. Das hätte ich auch gerne vorher gewusst. Da darf man sich dann nicht wundern, wenn wir uns auch unsere eigenen Gedanken machen und uns mit dem Thema intensiver beschäftigen. Den schwarzen Peter zuschieben und die Entscheidung abwälzen, das wurde schon mehrmals erläutert, dass das nicht so ist. Wir wissen, dass die Bevölkerung stark verunsichert ist und wir wollen der Bevölkerung die Sicherheit geben, dass sie da nicht übergangen wird.“

Bürgermeister Gerhard Klaffner: „Eins möchte ich schon richtig stellen, ich kann das so nicht stehen lassen. Über eine Dringlichkeit wurde in dieser Besprechung nie gesprochen. Richtig ist, dass ihr das als Beitrag eingebracht habt und daran denkt, eine Bevölkerungsbefragung durchzuführen. Über eine Dringlichkeit wurde in dieser Runde jedoch nicht gesprochen, das muss ich vehement verneinen. Das muss ich dezidiert so sagen. Ich habe kein Interesse, dass ich Unwahrheiten sage, das ist dort keine Thema gewesen.“

GR Johann Berger: „Warum haben wir voriges Jahr im Gemeinderat die Messungen beschlossen, wenn wir jetzt für die Verlängerung eigentlich nicht mehr zuständig gewesen wären.“

GR Rudolf Auer: „Wir reden immer, dass die Betreiberfirma da vorstellig werden soll. Ich würde auch der Plattform „Freie Horizonte“ die Chance geben, dass auch sie ihre Argumente vor dem Gemeinderat vorbringen. Nur eine Anhörung der Betreiberfirma ist einseitig.“

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger: „Herr Haider ist dem Gemeinderat noch eine Information schuldig.“

GRE Erhard Sander: „Vielleicht wäre es möglich, dass der Gemeinderat sich heute schon darauf einigt, dass der Windmasten abgebaut wird, weil ja noch kein offizielles Ansuchen da ist.“

Antrag:

GR Bernhard Kühholzer stellt den Antrag über ein konkretes Windpark Projekt am Ennsberg und Hühnerkogel die Weyrer Bevölkerung in einer Befragung abstimmen zu lassen.

GR Franz Haider sagt, dass schon sehr viel darüber gesprochen wurde, sich einiges geändert hat und das Vertrauen an die Betreiber nicht mehr gegeben ist. Es wurde nur eines nicht gemacht, dass unsere Ausschüsse beauftragt werden sich damit zu beschäftigen. Daher kommt mein

Gegenantrag:

Ich stelle den Antrag, dass sich die zuständigen Gremien, der Bauausschuss und der Umweltausschuss gemeinsam damit beschäftigen sollen, damit wir dann über die weitere Vorgehensweise entscheiden können.

GRE Erhard Sandner: Ich würde gerne den

Antrag:

stellen, dass wir auf den Abbau des Windmastens bestehen.

Bürgermeister Gerhard Klaffner erklärt, dass laut OÖ Gemeindeordnung über den zuletzt gestellten Antrag abgestimmt werden muss.

GR Günther Neidhart macht darauf aufmerksam, dass der letzte Antrag von GRE Sandner gestellt wurde. Wenn kein Antrag mehr gestellt wird, dann ist dieser Antrag der Letzte.
GR Günther Neidhart ersucht um Protokollierung seiner Wortmeldung.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger ersucht um eine Wortmeldung.

Der Vorsitzende sagt, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr aufgenommen werden, weil schon reichlich diskutiert wurde und es drei Anträge gibt.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger sagt, dass er das Recht auf eine zweite Wortmeldung hat.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr zugelassen werden, ersucht Vizebürgermeister Matzenberger um Protokollierung seiner Wortmeldung.

GV Mag. Peter Ramsmaier sagt, dass nach dem ersten Antrag eine Wortmeldung zugelassen wurde.

Der Vorsitzende widerspricht und sagt, GR Haider hat einen Gegenantrag gestellt.

GV Mag. Peter Ramsmaier sagt, dass der Vorsitzende nicht wissen hätte können, dass GR Haider einen Gegenantrag stellt. Er weist darauf hin, dass gefragt wurde: „Gibt es noch Wortmeldungen?“

Der Vorsitzende entschuldigt sich.

GR Günther Neidhart sagt: „Vizebürgermeister Matzenberger soll noch etwas sagen.“

Vizebürgermeister Matzenberger fragt, ob er eine Wortmeldung machen darf.

Der Vorsitzende sagt, dass zwei Anträge gestellt wurden. Wenn GV Mag. Ramsmaier sagt, dass ich gefragt habe, ob es noch Wortmeldungen gibt, habe ich falsch gefragt.

Der Vorsitzende sagt, dass die Diskussion beendet ist und es jetzt zur Abstimmung kommt.

Bürgermeister Gerhard Klaffner lässt über den von GR Franz Haider eingebrachten Gegenantrag, (welcher gemäß § 13 der Geschäftsordnung für Kollegialorgane ein Geschäftsantrag ist, über den zuerst abzustimmen ist) abstimmen:

Beschluss:

Der Antrag wird durch Erheben der Hand mit 19 : 12 Stimmen beschlossen.

Gegenstimmen:

- GRE Erhard Sandner (WBL)
- GV Mag. Peter Ramsmaier (ÖVP)
- GR Bernhard Kühholzer (ÖVP)
- GR Johann Dietachmayr (ÖVP)
- GRE Helmut Furtner (ÖVP)
- GRE Edeltraud Essbüchl (ÖVP)
- GRE Ernest Steinschaden (ÖVP)
- GRE Sabine Rußegger (ÖVP)

Enthaltungen:

- Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger (ÖVP)
- GR DI Leonhard Penz (WBL)
- GRE Rainer Hackl (WBL)
- GRE Ingo Kainz (WBL)

Somit ist der Gegenantrag der SPÖ mehrheitlich angenommen und es ist über die von GR Bernhard Kühholzer und GRE Erhard Sandner eingebrachten Anträge nicht mehr abzustimmen.

GR Rudolf Auer bittet den Umweltausschussobmann, DI Hermann Großberger, in einer gemeinsamen Sitzung das weitere Vorgehen zu besprechen.

b) DA) Volksbefragung zum Windpark Projekt am Hühnerkogel und Ennsberg

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger bezieht sich auf diesen Tagesordnungspunkt, zu dem er keine Wortmeldung mehr vorbringen durfte. Er bedankt sich, dass die Dringlichkeit des ÖVP Antrages zuerkannt wurde und der Umweltausschuss und der Bauausschuss jetzt damit beschäftigt werden. Er begrüßt die heutige Entscheidung, weil der Grundsatzbeschluss schon vor eineinhalb Jahren gefasst wurde, die Gremien aber nie beauftragt wurden.

c) Gemeindehomepage, Briefkopf und Signaturen

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger ersucht, den offiziellen Internetauftritt und den offiziellen Schriftverkehr der Gemeinde auf das Portal www.weyer.at umzustellen, damit der Gast über die Leistungsangebote (Tourismus oder Gemeindeangelegenheiten) selbst entscheiden kann.

d) Weyrer Gewerbeausstellung

GR Franz Haider gratuliert allen Mitwirkenden, besonders aber dem Organisationsteam der Gewerbeunion Weyer für die gelungene Veranstaltung. Ein buntes Programm mit vielfältigem Leistungsangebot und attraktiver Unterhaltung für die ganze Familie.

Bürgermeister Gerhard Klaffner kann das nur bestätigen; es haben sich wirklich alle sehr bemüht und auch das heurige Motto ist gut angenommen.

Vizebürgermeister DI Herbert Matzenberger gratuliert ebenfalls zur gelungenen Veranstaltung und dankt GR Franz Haider für seine Moderation, welche er auch für den Genusswochenmarkt macht.

e) BILLA / BIPA

GR Johann Dietachmayr fragt, ob das Gerücht stimmt, dass BILLA auf dem Grundstück der Firma Käfer neu baut und auch der BIPA sich dort ansiedeln möchte.

Der Vorsitzende sagt, dass nach seinen Informationen der REWE Konzern mit einem Grundeigentümer in Verhandlung ist und BILLA nicht auf dem Grundstück in Neudorf bauen will.

f) Dank

Bürgermeister Gerhard Klaffner bedankt sich bei der Straßenmeisterei besonders bei STRM Werner Schürhagl für seine tatkräftige Unterstützung. Es konnten heuer viele Asphaltierungsarbeiten abgeschlossen werden, wie zB beim Parkplatz vor dem Balgsetzerhaus, bei den Bushaltestellen Waldhütte und Lechner, die Brückensanierung in Unterlaussa sowie die Sanierung des Gehsteigs auf dem Kirchenberg.

Nachdem keine Wortmeldungen folgen, schließt Bürgermeister Gerhard Klaffner die Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:05 Uhr

(Bürgermeister)

(Schriftführerin)

(Gemeinderat ÖVP)

(Gemeinderat WBL)

(Gemeinderat FPÖ)

Diese Verhandlungsschrift wurde in der Sitzung des Gemeinderates am genehmigt. Es wird vermerkt, dass gegen die vorliegende VerhandlungsschriftEinwendungen erhoben wurden

Weyer, am

Der Bürgermeister: